

PRESSEMITTEILUNG

Pressekontakt: Beate Maria Hagen
Leiterin Vereins- und
Mitgliederwesen,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 030 629 80-614

Fax: 030 629 80-150

E-Mail: presse@deutscher-verein.de



24. Juni 2021

Europa muss sozialer werden

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. unterstützt die neue Ausrichtung der EU-Sozialpolitik auf Ziele in den Bereichen Armut und sozialer Ausgrenzung, Beschäftigung und Kompetenzen. Besonders wichtig ist das Kernziel, die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bis 2030 um mindestens 15 Millionen – davon mindestens fünf Millionen Kinder – zu verringern.

Berlin – In seiner Stellungnahme zum Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte und zur „Erklärung von Porto“ betont der Deutsche Verein, dass im Rahmen der EU-Sozialpolitik die nationalen, regionalen und lokalen sowie die Interessen der Zivilgesellschaft breit eingebunden werden müssen. Aus seiner Sicht sollten die Mitgliedstaaten die EU-weiten Ziele in ambitionierte nationale Ziele und Initiativen umsetzen. Von besonderem Interesse ist dabei das Kernziel zur Armut

und sozialer Ausgrenzung: Die Zahl der in der EU betroffenen Menschen soll bis 2030 um mindestens 15 Millionen verringert werden, davon sollen mindestens fünf Millionen Kinder sein.

„Deutschland kann und sollte hier eine Vorbildfunktion innerhalb der Europäischen Union erfüllen“, stellt Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. klar. „Denn: Genauso wie eine prosperierende Wirtschaft in der EU den Menschen Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt ermöglicht, beruht dauerhafter wirtschaftlicher Erfolg auf einer effektiven und effizienten Sozialpolitik.“

Zur Stellungnahme des Deutschen Vereins: https://www.deutscher-verein.de/de/uploads/empfehlungen-stellungnahmen/2021/dv-11-21_stellungnahme-aktionsplan-essr.pdf

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation sowie der Migration und Integration. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.